



#Gerechtigkeit

## Corona 2.0

# Wie wollen wir zukünftig leben und arbeiten?

Bis Dezember 2019 war der Begriff Corona vielen nur als Erscheinung an Sonne oder Mond geläufig. Katholiken kannten vielleicht noch den Namen der Heiligen Corona, der Patronin des Geldes, der Metzger und Schatzgräber. Seitdem hat es einen unvergleichlichen „Siegessäuge“ des Begriffs gegeben, der massive Eingriffe in das

#Arbeitslosigkeit

#Pandemie

#Armut

#Einsamkeit

Alltagsleben mit sich brachte und schon für Kinder im Kindergartenalter oder der Schule alltäglich geworden ist.



Impferfolge und der Rückgang der Inzidenzen seit Mai 2021 lassen ein Aufatmen in der Gesellschaft verspüren. Also warum nun noch mit Corona beschäftigen, wenn der Sommer doch so viel Verbesserung verspricht. Die Pandemie hat in vielfältiger Weise eine weltweite Verstrickung und Verbundenheit an den Tag gelegt, sich rasend ausgebreitet über alle Kontinente. Die offensichtliche Bedrohung an Leib und Leben blieb aber keine ausschließlich gesundheitsrelevante Fragestellung. Verschiedene Dimensionen, die auch über die Pandemie hinaus Konsequenzen erfordern, macht Prof. Nico Dragan, Medizinsoziologe an der Uni Düsseldorf, in einem Interview mit der TAZ im Februar 2021 deutlich:

**Die Corona-Krise hat viele Probleme zu Tage gefördert, aber sie hat auch neue Solidarität innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Generationen aufleben lassen.**

„...Wer arm ist, hat also eine höhere Wahrscheinlichkeit, an Corona zu erkranken?“

Genau. Untersucht wird der Zusammenhang häufig über die regionale Verteilung der Infektionen. Da gibt es verschiedene Faktoren, daher ein Beispiel: Gebiete mit im Schnitt niedrigerem Einkommen haben insbesondere in der späteren Phase der Pandemie oft ein höheres Infektionsrisiko als Regionen, in denen

Gutverdienende leben. Die sozioökonomische Lage korreliert also mit den Fallzahlen.

Gibt es auch Unterschiede beim Krankheitsverlauf?

Ja, sogar große. In einer Studie haben wir anonymisierte Datensätze einer großen Krankenkasse zu schweren Corona-verläufen analysiert. Aus denen konnten wir ablesen, dass Langzeitarbeitslose, also Hartz-IV-Beziehende, ein 94 Prozent höheres Risiko aufwiesen, mit einem schweren Corona-verlauf im Krankenhaus behandelt zu werden, als Menschen in einem regulären Beschäftigungsverhältnis. Auch Kurzarbeitslose und Ergänzende haben ein erhöhtes Risiko. All das sind Menschen, die mit geringen Ressourcen auskommen müssen.“

Und weiter heißt es in dem Interview:

„... Beispielsweise die Wohnlage. Es gibt mittlerweile viele Studien, die auf den Einfluss von Umweltfaktoren auf die Gesundheit hinweisen. Beispielsweise wohnen an viel befahrenen Straßen mit hoher Schadstoffbelastung eher Menschen mit niedrigerem Einkommen. Dazu kommen Faktoren wie Erziehung. Aber auch psychische Belastungen, die durch die Arbeitslosigkeit verursacht werden. Was hinter all dem steht ist die Erkenntnis: Armut macht krank. ...“

Es wächst die Erkenntnis, dass die Pandemie ein Bündel von gesellschaftlich relevanten und das Leben der Menschen bestimmenden Faktoren ins öffentliche Bewusstsein spült. Für die in einfachen und prekären Lebensverhältnissen „ihr Dasein fristenden“ wirken Corona-Regeln, Lockdown, Homeoffice u.a.m. als Stress, Überforderung oder auch Einsamkeit auslösend.

Ausgelöst durch die Hartz-IV-Gesetze (in Kraft getreten i.H.v. 2005) hat sich in der Bundesrepublik der Ausbau prekärer Beschäftigung exponentiell entwickelt. Nicht nur Un- und Angelernte verrichteten diese Arbeiten. „Jede Arbeit ist besser als keine“ wurde zum Zuchtmeister gesellschaftlichen Drucks und dokumentierte das Denken vieler Ökonomen und Wirtschaftslenker, die diesen Tätigkeiten und den Erbringern der Leistungen gesellschaftliche Minderwertigkeit und geringe Entlohnung zuwies – ansonsten drohte Automatisierung oder die Abwanderung ins Ausland. Im Rahmen der Dialogtagung des Koordinationskreises Arbeitsloseninitiativen im Bistum Aachen mit dem Thema „(doppelt) abgehängt durch Covid 19-Forderungen und Perspektiven für den Arbeitsmarkt“ – das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit war hier Mitveranstalter – wurden die Krisenphänomene in ihrer Vielzahl deutlich herausgearbeitet:



Unter der Oberfläche der Corona-Pandemie existiert eine Serie ineinander verbundener, „kaskadierender Krisen“:

- Ausgangspunkt: **Gesundheitskrise** durch Sars-Cov-2, vor allem für Ältere, Risikogruppen und sozial Schwache (Dragano et al. 2020, 2021).
- **Krise des öffentlichen und privaten Gesundheitssystems** durch Überlastung der Krankenhauskapazitäten (Strametz et al. 2020, Gândjour 2020).
- **Wirtschaftliche Krise** in Branchen, die im besonderen Maße von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen sind (Schließungen des nicht-systemrelevanten Einzelhandels, Gastronomie, Kultur, Tourismus usw.) (Czyplik et al. 2020).

... Fortsetzung

- **Weltwirtschaftliche Turbulenzen** im Gefolge der Pandemie (treffen vor allem die Industrie) (Feld et al. 2020, Hinze 2020).
- **Legitimitätskrise** des politischen System durch die Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten (Nachtwey 2020, Grande 2021).
- In vielen Familien **Krise der Care-Arbeit** durch Schließung von Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen (Kohlrausch/Hövermann 2020, Minello et al. 2021).
- **Bildungskrise:** besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten leiden unter der Schließung von Schulen und Betreuungsangeboten (Huebener/Schmitz 2020, Wößmann 2020).

Quelle: „Arbeiten in der Corona-Krise“ Präsentation durch Steffen Niehoff Holst am 28.5.2021

Weiter wurde die Spaltung des Arbeitsmarktes und die Verteilung der Lasten auf unterschiedliche Arbeitnehmer:innen-Gruppen in der Untersuchung und den Befragungen der Uni Osnabrück besonders deutlich: Die Grafik „Karte beruflicher Ungleichheiten“ verdeutlicht, dass Menschen im Dienstleistungsbereich insbesondere in Arbeitsfeldern

zu sichern. Gemeint waren die Kranken- und Altenpflegerinnen, die Feuerwehrleute, die Müllwerker, Bus- und U-Bahn-Fahrerinnen, Krankenhausärztinnen und -ärzte, die Kassiererinnen im Supermarkt, die ihre Arbeit trotz erhöhter Infektionsgefahr zur Versorgung unserer elementarsten Bedürfnisse fortsetzten oder fortsetzen mussten. **Für kurze Zeit hatte sich die Rangordnung im sozialen Bewertungssystem von Berufen und gesellschaftlichen Tätigkeiten grundlegend gewandelt: Als besonders wichtig galten mit einem Mal Verrichtungen, die ansonsten hinter einem Schleier des Desinteresses und der Unaufmerksamkeit verschwinden, die im Allgemeinen schlecht bezahlt werden und nur geringste soziale Wertschätzung genießen. ...**“

aus: Axel Honneth: Wünsche für eine bessere Zukunft. Die Zeit 20.5.2021, S. 49, Hervorhebung durch H-J Kronen

Diese Beschreibung des veränderten Blicks durch den Sozialphilosophen Axel Honneth führte den Autor in seinem Zeit-Beitrag zu

Diese Form der Neubewertung des Umgangs mit gesellschaftlicher Verantwortung und Freiheit, könnte eine gute Basis sein, den Begriff und die Freiheitspraxis verbunden mit Gemein-sinn als Beitrag zur Stärkung des öffentlichen Lebens neu zu definieren.

**3.** „Das heißeste Eisen, das in den öffentlichen Auseinandersetzungen gelegentlich berührt, aber angesichts umgehender Empörung der meisten Beteiligten dann auch rasch wieder fallen gelassen wurde, ist das Privateigentum.“ (Axel Honneth) Es gibt eine grundgesetzliche Verpflichtung in Artikel 14, die bislang vorrangig bei Enteignungsfragen von Kohle und Stahl angewandt wurde. In dieser Krise hätte sie durchaus auch auf Wohnungsbaukonzerne und Gebäudeinvestoren oder auch auf Patentrechte bei staatlich geförderten aber privat ausgeschlachteteten Impfpatenten Anwendung finden können.

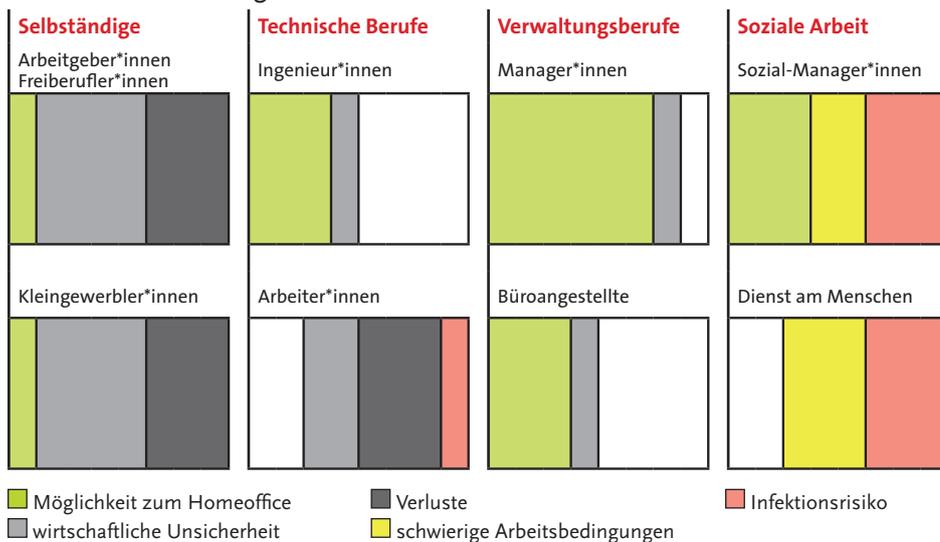
Diese drei Überlegungen und Ansätze könnten, wenn wir als Gesellschaft nicht einfach so weitermachen wollen wie früher, zu Überlegungen und demokratischer Auseinandersetzung führen, wie wir in Deutschland, Europa und der ganzen Welt leben wollen. Ziel muss sein, anders als Corona noch einmal sehr deutlich gemacht hat, jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig von Einkommen und sozialem Status die ungehinderte Teilnahme am sozialen Leben zu ermöglichen. Eine ausschließlich national-egoistische Betrachtung ist dabei zukünftig weder möglich noch zulässig. Denn auch das ist eine Lehre aus der Corona-Pandemie: Es gibt ein großes Marktversagen des neoliberal gepriesenen kapitalistischen Marktes. Schule, Bildung, Gesundheitswesen, (digitale) Infrastruktur, Verkehrswesen, Orte der Begegnung, Sport, Kultur u.v.m. bilden Facetten eines Gemeinwesens, die nicht alleine oder vorrangig von Kapitalinteressen bestimmt werden dürfen.

Natur- und Lebensräume bedürfen Schutz und Struktursetzung durch ein starkes lebendiges und lebenswertes Gemeinwesen, das die Lebensinteressen der Menschen und die Erfordernisse von Natur- und Klimaschutz in dem einen bewohnten Erdkreis dient.

Ich war über 30 Jahre für den Volksverein Mönchengladbach tätig. Dessen Slogan seit 2003 lautet „teilen macht reich“. Die Corona-Krise hat viele Probleme zu Tage gefördert, aber sie hat auch neue Solidarität innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Generationen aufleben lassen. Heben wir doch als Gesellschaft weiter diese Ressourcen und die Bereitschaft der Menschen füreinander und miteinander sich zu engagieren und Ideen, Arbeit und Geld zu teilen. Dann können aus der Krise tatsächlich neue, geteilte, bereichernde und gestaltende Erfahrungen gemacht werden, eine Win-Win-Situation für die Menschen und nicht für kapitalen Zugewinn.

■ Hermann Josef Kronen

Karte beruflicher Ungleichheiten



Grafik nach: Universität Osnabrück (vereinfachte Darstellung Bündnisbrief)

mit Nähe zu den Menschen mit hohen Infektionsrisiken und unter oft schlechten Arbeitsbedingungen ihre Arbeit verrichten müssen. Der Blick auf die oft als gesellschaftlich geringwertig erachteten Arbeiten wurde im Zuge der Entwicklung des Corona-Virus plötzlich und kurzfristig „umgestellt“:

„... Ein erster Anstoß zur Überprüfung der normativen Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens ergab sich gleich zu Beginn der Krise, als plötzlich von »systemrelevanten« Berufen die Rede war. Ob in Frankfurt, Rom oder New York: Allabendlich stellte man sich ans Fenster, um durch Musik, Klatschen oder Winken denjenigen zu danken, die bereit waren, die existenziellen Voraussetzungen unseres Zusammenlebens

drei mir sehr relevant erscheinenden Fragestellungen als „Wünsche für eine bessere Zukunft“. Dabei geht es um die Reflexion der Krisensymptome, die zu einer anderen sozialen Praxis und zu einem besseren Zusammenleben nach der Krise beitragen könnten:

- 1.** Reflexion und Neubewertung des Stellenwertes von Arbeit in unserer Gesellschaft, um „für eine Berücksichtigung der tatsächlichen Systemrelevanz“ nach der Krise zu sorgen
- 2.** Kurzzeitig hat es im letzten Jahr z.B. durch die Impf-Priorisierung von Alten und Kranken jenseits bis dahin gültiger Werthierarchie eine Verschiebung gesellschaftlicher Werte zu Gunsten solidarischen Handelns gegeben.

# Presseschnipsel

## Vermögensungleichheit steigt Die reichsten zehn Prozent der Haushalte steigerten ihren Anteil seit 1998 deutlich

### Profite privatisiert Verluste sozialisiert

„Die Schere zwischen Arm und Reich ist noch größer geworden. Wer vor der Pandemie schlechte Chancen auf Teilhabe hatte, ist jetzt doppelt und dreifach betroffen. Spätfolgen in der Bildung, im Familienleben, in den Seelen, zum Beispiel durch Isolation und unbearbeitete traumatische Situationen, sind nicht absehbar und brauchen unsere volle Aufmerksamkeit. Zugleich ist das Spiel, Profite zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, auf die Spitze getrieben worden.“

Stephan Jentgens, Direktor der Caritas im Bistum Aachen

Kirchenzeitung  
Bistum Aachen, 13.6.2021

Der Anteil der reichsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland am gesamten privaten Nettovermögen ist in den 20 Jahren zwischen 1998 und 2018 um zwölf Prozent gestiegen. Dagegen stagnierte der Vermögensanteil des ärmsten Zehntels der Haushalte. Ihr Anteil lag 1998 wie 2018 bei minus 0,4 Prozent, das heißt, sie mussten sich verschulden. Das geht aus der Antwort der Bundesregie-

rung auf eine Kleine Anfrage der Linken-Fraktion hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Demnach konnten auch die mittleren Vermögensklassen zwei bis neun ihre Anteile am Kuchen in den zwei Jahrzehnen nicht erhöhen. Linken-Fraktionsvize Fabio De Masi forderte daher eine einmalige Vermögensabgabe und die Abschöpfung der Extra-Profite bei Krisengewinnern wie dem US-Konzern Amazon.



Aachener Zeitung, 22.4.2021

## Ein Blick hinter die anonymen Zahlen Welche Rolle spielt soziale Ungleichheit in der Pandemie?

### Armut bedeutet höheres Risiko

In der Öffentlichkeit wird viel darüber diskutiert, wo sich die Menschen wohl anstecken – ob in der Schule, im Büro, beim Einkaufen. Die Frage nach dem „Wer“ ist jedoch noch mit vielen weißen Flecken verbunden. In anderen Ländern ist das anders. Aus den USA wurde schon nach wenigen Monaten Pandemie die Erkenntnis publik, dass Afroamerikaner ein deutlich höheres Risiko haben, an dem Virus zu erkranken und infolge der Infektion zu sterben – vermutlich als Resultat von sozialer Benachteiligung, Armut und mangelhafter Gesundheitsversorgung.

Auch aus Großbritannien ist bekannt, dass die Sterblichkeit nicht nur bei Älteren, sondern auch bei Armen und Menschen mit Migrationsgeschichte deutlich höher ist. Für solche Schlussfolgerungen fehlen hierzulande die Daten.

### Wer kommt besser oder schlechter durch die Pandemie?

Um den Datenschutz zu gewährleisten und trotzdem wichtige Erkenntnisse über die sozioökonomische Dimension des Infektionsgeschehens zu erhalten, hat die Städteregion im vergangenen Jahr eine eigene Sozialstudie gestartet. In Zusammenarbeit mit Prof. Sebastian Böhm von der Katholischen Hochschule NRW in Köln will der Kommunalverband der Frage nach der sozialen Ungleichheit in der Covid-19-Pandemie nachgehen. Wer sind die Menschen, die sich in der Städteregion infiziert haben und/oder in Quarantäne mussten? Welches Bildungsniveau haben sie? Wie hoch ist das Einkommen und das Alter? Und nicht minder wichtig: Wie verarbeiten sie die Pandemie?

Alle drei Ausschnitte:  
Aachener Zeitung, 21.4.2021

### Hohes Einkommen, weniger Leid

Wie wichtig Informationen für das „Coping“ sind, also die Bewältigung der Pandemie, unterstreicht der Soziologe Sebastian Böhm. Die bisherigen Daten der Sozialstudie zeigen, dass Menschen, die pandemiebedingte Alltagshilfen nicht kennen, stärker unter einer Infektion bzw. Quarantäne leiden als solche, die Einkaufshilfen und darüber hinausgehende Beratungsangebote kennen und zudem noch über ein soziales Netzwerk verfügen, auf das sie zurückgreifen können. Böhm spricht in diesem Zusammenhang von der „subjektiven Gesundheit“, die sich durch eine Quarantäne auch ohne Infektion verschlechtern kann.

Einen starken Effekt scheint darauf auch das Haushaltseinkommen zu haben. Menschen mit hohem Einkommen leiden weniger stark als Menschen mit niedrigem Einkommen.

# Der Volksverein Mönchengladbach in der Zeit der Pandemie

Sie brach herein, am Anfang des Jahres 2020. Sie brach herein und niemand konnte zum Anfang das Ausmaß der Corona Pandemie einschätzen. Niemand wusste, was nun zu tun ist. Niemand hatte eine Vorstellung davon, wie sich das Leben verändern wird.

Im März 2020 hieß es: Hände regelmäßig mit Seife waschen, das hilft gegen ein tückisches neuartiges Virus. Hände vom Gesicht fernhalten, husten nur in die Armbeuge und „regelmäßig lüften“. Das war einfach. Dann kam der Lock-Down. Die Schließung des gesamten Arbeitslosenprojekts über die Dauer von 6 Wochen. Kein Arbeitslosenfrühstück, keine Begegnungs-, Bildungs- und Arbeitsangebote.

Die im Volksverein Verantwortlichen entwickelten sehr schnell hierzu eine Haltung: Die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen darf nicht der erste Verlierer der Krise sein. Und so wurden alle Anstrengungen unternommen, die Folgen der Krise aufzufangen.

## Aber Halt!

Hier war unsere Kern-Arbeit untersagt. Hier schien es unmöglich, den Kontakt zu Menschen aufrecht zu erhalten, die den Volksverein als Ankerpunkt in ihrem Leben nutzten. Dies konnte in Verantwortung für die Menschen nicht tatenlos hingenommen werden. Also, was half war Kreativität. Online-Angebote, Verschenkaktionen, viele Telefonate, ...

## Und wieder Halt!

Da veränderte sich was. Die Sorge der Menschen wuchs. Finanzielle Sorgen, zuge-spitzte Problemlagen in den Familien, Angst vor Krankheit, der Wegfall sozialer Infrastruktur wie Tafeln, Begegnungscafés, .... Auch das war von jetzt aus betrachtet noch einfach. Konnten wir doch schon in der zweiten Aprilhälfte unsere Angebote nach und nach wieder aufnehmen.



Aber irgendetwas war anders. Die Themen der Menschen blieben hartnäckig, auch über die Lockerungen hinaus. Der Kontakt zu Behörden gestaltete sich schwieriger

und war stark reglementiert. Themen wie Zukunftsangst und Unsicherheiten haben stark zugenommen. Die Planung beruflicher Perspektiven hat hingegen abgenommen; sie ist einer beruflichen Hoffnungslosigkeit gewichen. Eine Mitarbeiterin, die sich durch die Tätigkeit im Volksverein gestärkt und bereit für den 1. Arbeitsmarkt fühlte, berichtete über zahlreiche erhaltene Absagen. Deren Grund: Leider wird zurzeit nicht eingestellt. Was bleibt: die Frage, wo das alles noch hinführen soll? Das Coronathema löst existenzielle Ängste, Verunsicherung und Frust aus. Die Menschen gehen mit dieser Situation ganz individuell um. Wie sich dieser Umgang gestaltet, hängt stark von den persönlichen Umständen und Erfahrungen ab. Auch im Volksverein treffen sehr unterschiedliche Bedürfnisse aufeinander. Das Bedürfnis nach mehr Sicherheit, nach mehr sozialen Kontakten, nach mehr Normalität, nach mehr Freiheit ... Dies kann für Zündstoff sorgen oder für eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Frage: Was ist mir eigentlich wichtig?

Und dann kam es zum Jahresende 2020 noch einmal knüppeldick. Bis jetzt, Mitte Mai sind die individuellen Erfahrungen und Perspektiven eher düster als frühlingshaft hell.

## Und das Unternehmen Volksverein?

Neben den inhaltlichen Fragestellungen drückt die Finanzsituation schwer. Über Monate keine Einnahmen aus Verkäufen – sind wir es doch gewohnt einen erheblichen Teil der für die soziale Arbeit benötigten Gelder selber zu erwirtschaften. Dazu erhebliche Aufwendungen für Hygienemaßnahmen, Durchführung von Schnelltests etc. Gelingen tut dies nur durch die Mitarbeit aller, z.B. das Akzeptieren von Kurzarbeit durch die hauptberuflichen MitarbeiterInnen und den damit verbundenen Einnahmeverlust. Das ist praktische Solidarität mit der Zielgruppe unserer Angebote.

## Die Schlussfolgerungen für unsere Arbeit:

Die Zeit der Pandemie zeigt die Bedeutung für Begegnungsarbeit nochmal neu auf. Begegnungen von Menschen sind unersetzbar. Und das nicht nur als zwischenmenschliche Wohltat.

Begegnung ermöglicht eben auch Problemlagen schneller zu identifizieren, die mit Scham verbunden sind: die psychische Auffälligkeit, die mangelnde Körperhygiene, die wirtschaftliche Not, gesundheitliche Probleme etc. Bildung ist ebenfalls von höchstem Wert. Auch dies zeigt sich an den durch die Pandemie aufgezeigten Themen. All das, was medial verbreitet wird (und hier insbesondere auch über Social Media) braucht Raum für die kritische Reflexion. Nur so können Informationen

hinterfragt und ggf. korrigiert werden. Nur so kann aus Meinungen ausgewählt werden und eine eigene Haltung entstehen. Nach den jeweiligen Bund-Länder-Beschlüssen haben wir immer eine Online-Talk-Time durchgeführt. Hier konnten wir das übersetzen, was die aktuelle Beschlusslage ist. Die Rückmeldungen zeigten, dass dies höchst hilfreich war und Gefühlen der Ohnmacht entgegen wirkt.



Arbeit ist ein hervorragendes Lernfeld zur Einübung von Werten, die gesellschaftlich anschlussfähig sind. Auch wieder in Bezug zu den Erfahrungen der Pandemie: Wir mussten entlang der jeweiligen Verordnungen die betrieblichen Regelungen zum Infektionsschutz häufig anpassen. Alle TeilnehmerInnen sind diese Schritte mit hoher Motivation mitgegangen – das Gefühl, eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu übernehmen, hat dabei getragen.

## Beratung wirkt!

Während andere Stellen ihre Beratungsleistungen fast komplett eingestellt haben, haben wir Selbsthilfe gestärkt. Ein Beispiel: Die Jobcenter haben fast im kompletten Jahr 2020 bei Leistungsangelegenheiten nicht persönlich beraten. Dies führte manchmal zu einem „erleichterten Bezug von Leistungen“, das klingt zunächst vielleicht angenehm. Es entlässt aber die Leistungsbeziehenden in die Unmündigkeit. Über die Beratung wird Mündigkeit hergestellt. Sie entlässt den Menschen nicht aus seiner Verantwortung. Über den Umgang mit den eigenen Möglichkeiten kann Selbstwirksamkeit erfahren werden und das ist ein wichtiger Schritt für ein Leben in Autonomie.

Und die Herausforderungen neben der Einhaltung der AHA-Regeln: Impftermine (Unterstützung bei der Online Buchung), Kontaktregelungen, Ausgangssperren, Arbeiten auf Abstand, ...

Hätten wir das alles im Frühjahr 2020 gewusst – hätten wir es bestenfalls genauso gemacht, wie wir es gemacht haben.

Die Pandemie: an ihr können wir alle wachsen! Solidarisch! ■ Matthias Merbecks

# Corona-Krise in Deutschland – eine unfreiwillige Pause für Inklusionsbestrebungen?



Gibt es Hoffnung auf Verbesserung der Inklusion oder versinken solche Hoffnungen im Gulli der Pandemie? (Foto: Hermann-Josef Kronen)

Die Folgen der Corona-Pandemie haben alle Bürger\*innen vor besondere Herausforderungen gestellt. Es galt den Alltag neu zu strukturieren, die Betreuung von Kindern zu gewährleisten, die Arbeit neu zu gestalten – oder auch den Arbeitsplatz zu wechseln oder gar zu verlieren. Fast alle Lebensbereiche hat die Pandemie gründlich durcheinandergebracht; das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben kam fast vollständig zum Erliegen. Menschen in besonderen Problemlagen waren insbesondere betroffen von den Folgen der Krise.

Besonders die Gruppe der Menschen mit Behinderung muss hier noch einmal in den Fokus genommen werden. So gibt es innerhalb dieser sehr heterogenen Gruppe Menschen, die in die vollständige oder teilweise Isolation gehen mussten, aus Sorge sich zu infizieren und an den Folgen von Covid-19 zu sterben. Menschen mit Behinderung gehören zu einer Risikogruppe und sind häufiger als andere anfällig für Infektionen. Im Zuge der politischen Beschlüsse der Corona-Politik tauchte diese Gruppe sehr lange Zeit nicht auf, geriet aus dem Blickfeld. Verordnungen und Beschlüsse wurden beispielsweise vorrangig für Alten- und Pflegeheime geschrieben und hatten den Bedarf von Menschen mit Behinderungen in den unterschied-

**„In Deutschland gibt es insgesamt 13 Millionen Menschen mit Beeinträchtigungen – 8 Millionen Menschen davon sind schwerbehinderte Menschen.“**

Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für Belange von Menschen mit Behinderungen  
in ZB; 2/2021

lichen Wohn- und Lebensformen nicht im Blick. Auch in Hinblick auf eine gesellschaftliche Inklusion lässt diese Denkweise vermuten, dass es nicht selbstverständlich ist, an diese Bevölkerungsgruppe zu denken. Die Träger der Eingliederungshilfe oder andere Leistungsanbieter, die die Menschen in der Bewältigung ihres Alltags unterstützen und stärken, waren und sind vor besondere Herausforderungen gestellt worden. Neben den allgemeinen Veränderungen sowie einer Umstellung auf digitale Kontakte, wurden veränderte Tagesstrukturen und alternative Angebote geschaffen, die einen Alltag „so normal wie möglich“ gewährleisten sollten.

Die Leistungsträger und deren Mitarbeitende stehen noch immer in der Bewältigung der sich langsam abflachenden Coronapandemie. Bis heute sind bei vielen Trägern die Mehrkosten der Pandemie nicht erstattet worden. Auch drohen Kampagnen zum Thema „gute Arbeit“ konterkariert zu werden; die anfängliche Unterstützungseuphorie für Arbeitnehmer\*innen in diesen Bereichen scheint fast vergessen zu sein und eine Belebung des sozial tätigen Berufstandes bleibt aus. Im Gegenteil – für einige Beschäftigte in Pflege und Betreuung waren die Belastungen in der Krise zu viel, so dass sie aus dem Beruf ausscheiden. Aber auch

der Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen hat sich verändert.

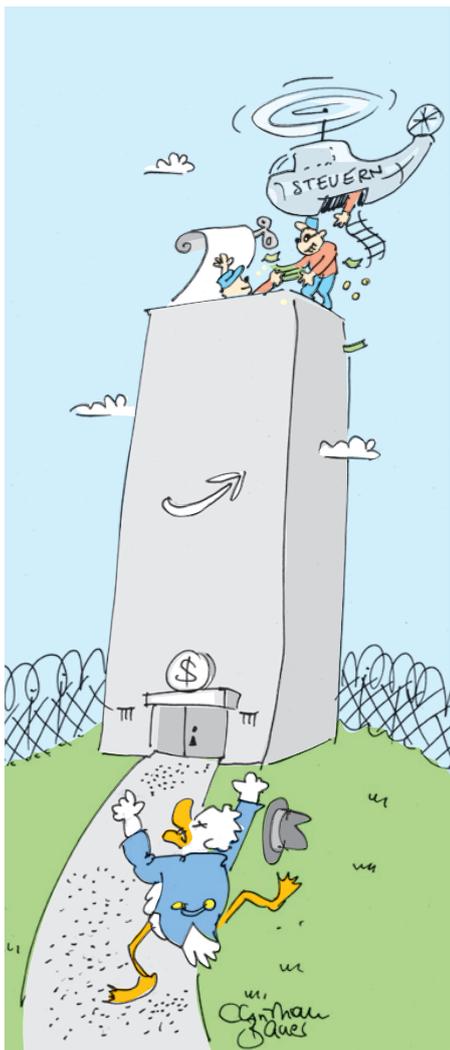
Nachdem Menschen mit Behinderungen in den Hochphasen der Pandemie ihre Arbeitsplätze nicht aufsuchen konnten – teilweise mit Umstellung auf Heimarbeit, haben die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt Menschen mit Behinderung besonders hart getroffen. Laut dem „Inklusionsbarometer Arbeit“ der Aktion Mensch und des Handelsblatt Research Institute (HRI) ist die Integration auf dem Arbeitsmarkt um Jahre zurückgeworfen. So seien sie beispielsweise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und auch länger arbeitslos. Die immer wieder eingeforderte Inklusion von behinderten Menschen hierzulande, d.h. ein gleichberechtigtes Zusammenleben von behinderten und nicht-behinderten Bürger\*innen, ist gefährdet. Sie braucht gerade jetzt am voraussichtlichen Ende der Coronapandemie wirksame und vor allem schnelle öffentliche Unterstützung! Ansonsten droht das Projekt „Inklusion“ für unabsehbare Zeit ein schöner Traum zu bleiben. Dazu braucht es nicht zuletzt eine Lobby aus möglichst vielen Schichten der Gesellschaft – egal ob selbst von Behinderung betroffen oder nicht. Der während Corona vielbeschworene Zusammenhalt der Gesellschaft darf jetzt nicht wieder aus dem Blick geraten. Er ist im Gegenteil weiterhin sehr von Nöten.

Dr. Kerstin Adolf-Wright  
Geschäftsführerin Lebenshilfe Mönchengladbach,  
Vorstandsvorsitzende der Kreisgruppe  
des Paritätischen Mönchengladbach

# Kosten der Corona-Pandemie

## Pro und Contra: Brauchen wir eine Vermögensabgabe für Reiche?

Um die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, fordert die Linke, die Reichsten zur Kasse zu bitten. Wäre eine Vermögensabgabe die richtige Lösung? Unsere Autoren sind geteilter Ansicht.



Christian Bauer, 2021

### Pro



**Stolz sollte ein Motiv für Vermögensabgabe sein**

Die Zweitwohnung am Zürichsee für drei Millionen, der Drittwagen in der Garage für eine Viertelmillion – es gibt Menschen in unserem Land, die sind unermesslich reich. Die haben Einkünfte und Vermögen, die selbst einem gut verdienenden Arbeitnehmer die Sprache verschlagen. Deswegen kriegt man schnell Applaus, wenn man eine Vermögensabgabe für die Superreichen fordert. Deutschlands Multimillionäre und -milliardäre zur Kasse zu bitten, das würde auch ein bisschen den Neid mancher besänftigen, die viel weniger zum Leben haben.

Dabei gibt es ein viel stärkeres Argument für eine Vermögensabgabe: Gerechtigkeit. Wer ein sehr großes Vermögen hat, der kann eben mehr zum Allgemeinwohl beitragen. Die Belastung nach Leistungsfähigkeit gibt es längst in unserem Steuerrecht. Gutverdienter zahlen prozentual weit mehr ans Finanzamt als Menschen mit gewöhnlichem Einkommen.

Nicht Neid, sondern Stolz sollte ein Motiv sein für eine Vermögensabgabe. Wir leben in einem Staat, in dem niemand vor Armut verhungern oder erfrieren muss. Wir haben politische Stabilität und seit drei Generationen Frieden. Jede und jeder hat Anspruch auf ordentliche Bildung und eine bezahlbare Gesundheitsversorgung. Das alles hat ganz vielen Menschen Wohlstand gebracht und einigen besonders viel davon. Jetzt aber, wo dieser Staat wegen der Pandemie finanziell in die Klemme gerät, ist die Zeit gekommen, ein wenig davon zurückzuzahlen. Und für einige eben ein wenig mehr.

Lothar Lenz

### Contra



**Die Zeche müssten wir alle zahlen**

Die Reichen für die Corona-Kosten zur Kasse bitten, dieser Ruf ist populär. Und angesichts der ungerechten Vermögensverteilung auch verständlich. Falsch bleibt er trotzdem. Die Reichen lagern ihr Geld halt nicht nur in Traumvillen und Luxusyachten. Zu einem großen Teil steckt es in Unternehmen. Eine Vermögensabgabe würde den Unternehmen an die Substanz gehen.

Und das in einer Zeit, in der die Unternehmen Liquidität brauchen, um die Krise zu überleben. Wo sie Spielraum für Investitionen brauchen, damit die Konjunktur wieder anspringen kann. Wo Investoren gebraucht werden, die Geld in gefährdete Unternehmen pumpen können und Risiken auf sich nehmen wollen. Die Zeche müssten so am Ende eben nicht nur die Reichen zahlen, sondern auch viele Kleinunternehmer und die Mittelschicht und viele Arbeit- und Angestellte, deren Unternehmen schließen oder Jobs abbauen müssen.

Und letztlich wir alle, weil die Steuerminderungen durch einen fortgesetzten Wirtschaftsabschwung wohl die zusätzlichen Einnahmen durch eine Vermögensabgabe übersteigen würden. Dieses Risiko sollten wir nicht eingehen. Zumal der Staatshaushalt trotz der Corona-Milliardenschulden nicht vor dem Ruin steht. Dank Negativzinsen und prall gefüllter Sparbücher hat der Finanzminister immer noch einen beträchtlichen finanziellen Spielraum.

Martin Bohne

Quelle: hr-INFO 12.11.20  
<https://www.hr-inforadio.de/programm/pro-und-contra-vermoegensabgabe-fuer-reiche-vermoegensabgabe-100.html>

## Kontakt/Impressum

### Der Draht zum Bündnisrat

Christa Dressen  
 c.dressen@gmx.de

Günter Rexilius  
 guenter.rexilius@t-online.de

Hermann-Josef Kronen  
 hermann-josef.kronen@t-online.de

### Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels  
 Tel. 02161/948 90 83  
 Kirchplatz 11  
 41061 Mönchengladbach

www.menschenwuerde-und-arbeit.de  
 bma@stiftung-volksverein.de

### Spendenmöglichkeit:

Förderverein Stiftung Volksverein  
 Mönchengladbach e.V.  
 DE33 310 500 000 003 180 825  
 Verwendung: BMA

Redaktion: Wolfgang Fels  
 Grafik: Christian Bauer  
 Druck: Printzipia  
 Auflage 1500, 100% Recyclingpapier

